

Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 gepaltene Millimeterzeile ober deren Raum...

Organ der SPD., Bezirk Schlesien Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei wöchentlich 20 Pfg. monatlich 2,30 Reichsmark...

7. Jahrgang.

Mittwoch, 8. April 1925

Nummer 77

Die betrogenen Sparer gegen Marx und Jarres

Nach dem „Aufwertungs“ betrug.

(Eigener Drahtbericht.)

Breslau, 8. April.

Gestern fand hier eine Versammlung der Hypothekengläubiger und kleinen Sparer statt...

Schon am letzten Wahlsonntag konnte man in Breslau an den verschiedenen Wahllokalen Vertreter der kleinen Sparer beobachten...

Was ist die Ursache zu dieser plötzlichen Umstellung? Nach den schönen Worten vor dem 7. Dezember sind, nach wochenlangem Singögern nun auch die Aufwertungspläne der Regierung gefolgt...

Das ist übrig geblieben von dem großen Aufwertungsgeheiß vor den Dezemberwahlen. Alle Parteien, deutschnationale sowohl wie Sozialdemokraten...

Schädigung der betrogenen kleinen Sparer und Gläubiger, sondern die Kapitalneubildung ist, sollten diesen zu denken geben. Es gibt nur einen Weg zur Entschädigung der kleinen Inflationsopfer...

Die Märztribute der Kolonie Deutschland Bilanz des Generalzahlungsagenten.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. April.

Herr Parler Gilbert, der Diktator der Kolonie Deutschland, veröffentlicht seine Märzbilanz. Seine Einnahmen betragen im März 120 000 000 Goldmark...

Das amerikanische Geschäft „Kolonie Deutschland“ gestaltet sich offensichtlich rentabel. Von Monat zu Monat läßt der Herr Generalzahlungsagent vernehmen...

Kommunistenverhaftungen in Neufalz.

(Eigener Drahtbericht.)

Neufalz, 8. April.

Nach einer Handlung wurden hier die Genossen Weiser, Koberich, Bartha und Heugl verhaftet. Die Ursache der Verhaftung ist nicht bekannt...

Die Blüdhers im Tscheta-Prozess.

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 8. April.

In der gestrigen Verhandlung des Tscheta-Prozesses fuhr Rechtsanwalt Dr. Goldstein in seiner Verteidigungsrede für den Angeklagten Neumann fort...

Vernehmung des Angeklagten Neumann, den man stundenlang über russische Kubel reden ließ, um die russische Volkshaft in den breitesten Kreisen der Bevölkerung in Mißkredit zu bringen...

Vom Tage.

Als Hochverräter stand der Genosse Eugen Wurster aus Rammstadt vor Gericht, weil er Flugblätter verteilt hat...

Auf Zehn Bluchstraße, Döbhum, verunglückte am Sonnabend ein Bergarbeiter durch herabfallendes Gestein tödlich...

Auf Zehn Gräfine in Eisen haben 20 Bauarbeiter geschlossen den Zechenplatz verlassen. Sie kämpften für den Achtstundentag.

Die Kommunistische Partei hat bei den Wahlen in Belgien zwei Mandate gewonnen.

Die Kommunistische Partei veranstaltete in Prag einen Demonstrationsszug, bei dem es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Die „heilige“ Dreieinigkeit.

g. Breslau, 8. April.

Nach dem großen Siege der SPD. vom 29. März folgte nach einigen Tagen der noch größere Regenhammer. Der einzige Sieger zur Präsidentenwahl, Herr Braun, war der einzige Unterlegene...

Dieselbe SPD., die sich nicht genug tun kann, über die Diktatur der Ruth Fischer und Thalman ein Mordgeschrei aufzuführen, stellt ihre Mitglieder vor fertige Tatsachen...

Demokratie in der eigenen Partei

und vertritt weiter den Standpunkt, daß ein klassenbewußter Arbeiter unmöglich Marx wählen könnte.

Das sozialdemokratische jährliche Volksblatt schreibt am 31. März wörtlich:

„Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß man noch immer und auch noch nach dem schlechten Abschneiden des Zentrums den Kunden der Sozialdemokratie auf der anderen Seite an eine solche Sammelkandidatur denkt...

Seine Fraktion hat der deutschnationalen Reichsregierung das Vertrauen votiert, ihr den Etat bewilligt und gehört durchaus mit dazu. Ist also Marx soviel als Jarres, daß man ihm dafür 8 000 000 Stimmen kurz und schmerzlos schenken sollte?

So sprechen Sozialdemokraten, wenn sie eine erteufte Stunde haben. Wir haben obigen Worten nur hinzuzufügen, daß sie so lange leeres Gerede sind, wie aus ihnen das Negative spricht...

Paul Löbe ist anderer Meinung wie ein großer Teil der Arbeiter in der SPD. Er schreibt in der Breslauer „Volksmacht“, daß Marx ein „zuverlässiger Diener der Republik“ ist...



# Die Werttätigen und die Friedensmiete.

„Im Abbau der Wohnungszwangswirtschaft wird die Regierung fortfahren, soweit es mit den Maßnahmen der Wohnungsnot vereinbar ist. Dabei wird sie sorgfältig alle wirtschaftlich schwachen und kranken Familien berücksichtigen und nötigenfalls scharfe Maßnahmen gegen die wucherische Ausbeutung freierworbener Räume vorsehen.“

Worte aus der „Thronrede“ des „volks“parteilichen Dr. Luther bei seinem Antritt als Reichskanzler.

Und was läßt derselbe Herr Dr. Luther zwei Tage nach der Reichspräsidentenwahl seines Parteigenossen Färres durch die Telegraphen-Union veröffentlichen:

„Beim Gesetz über den Finanzausgleich wurde die Festsetzung der Miete auf 100 Prozent bis zum 1. April 1926 gutgeheißen, hingegen jede Ueberschreitung von 100 Prozent abgelehnt.“

Ein Jahr ist erst verstrichen, als die preussische Staatsregierung durch den Mund des Staatssekretärs Scheidt am 8. Mai vor Vertretern der Wohnwirtschaft und Gemeinden im Herrenhaus nach eingehender Begründung der Regierungsvorlage zur Steigerung der Miete von 33 auf 67,5 Prozent zum 1. April 1924 verstanden mußte:

„Dann würden sich Mieten ergeben, die die Lohn- und Gehaltsempfänger zu zahlen nicht in der Lage wären. Das Gehalt eines Regierungssekretärs beträgt jährlich „nur“ 4000 M., die Miete für seine Fünfstimmerwohnung würde aber 6000 M. betragen. Wollte man nun Gehälter und Löhne so weit erhöhen, daß alle Gehalts- und Lohnempfänger diese hohen Mieten zu zahlen in der Lage wären, dann wäre die notwendige Folge nur eine neue Inflation.“

Der Staatssekretär und Referent der Regierungsvorlage mußte also festsagen, daß durch die Erhöhung der Mieten weder das Wohnungselend gemildert noch die Neubautätigkeit befruchtet werden könnte — und die Werttätigen und Schaffenden die geforderten 67,5 Prozent nicht von ihrem Arbeitsentlohn zahlen können.

Ein Schlag in das Gesicht der 93 Prozent werttätigen Volksangehörigen, ein Mißbrauch der Steuerhoheit und des Gesetzgebungsrechtes ist es, wenn die Reichsregierung gerade kurz nach der Etatfeststellung, nach der das Reich ganz erheblich mehr Steuern eingenommen hat, als es zu seiner tatsächlichen Bewirtschaftung braucht, die Einnahmequelle noch durch die unsozialste Steuer zu vermehren beabsichtigt.

Die Regierung hatte jüdisch Geld übrig, daß sie einmal den Ruhrindustriellen über 700 Millionen Goldmark in den nimmerfertigen Rachen warf, andererseits den nationalen und internationalen Grund-, Boden- und Häuserpekulanten statt 17,5 Prozent im Frieden heute schon 65 Prozent den Hausbesitzern für die „Bewirtschaftung“ der Grundstücke großmütig auf Kosten der in Not und Elend vegetierenden Schaffenden und Werttätigen, zu Hungerlöhnen schuftenden Proleten überläßt.

Das ist die Erfüllung der Luther-Rede, und ähnliches haben wir von einer Regierung und einem Präsidenten vom Schlage der schwarz-weiß-rot-goldenen Koalition zu erwarten.

Nebenbei sei nur noch bemerkt, daß ein vorliegender Steuerentwurf den Ländern und Gemeinden das Recht zuspriecht, Zuschlagsteuern zur Einkommen-, Lohnsteuer und Körperschaftsteuer zu erheben, d. h. daß wir demnächst erleben werden, daß jede Gemeinde und auch der Staat Preußen durch Zuschläge auf die Lohnsteuer die Proleten noch extra in erneuten und verböseren Auflagen schöpfen darf und daß in jeder Gemeinde verschieden hohe Steuern erhoben werden.

Wenn wir von allen anderen direkten und indirekten Steuern absehen, die die Werttätigen und Schaffenden aufbringen müssen, so erhält das Reich bei 35 Prozent der Friedensmiete „nur“ die „Kleinigkeit“ von

**1 Milliarde, 750 Millionen Goldmark**

Und davon sollen eventuell (sicher weniger)

**nur 17,5 Millionen für den Wohnungsbau**

für die beschriebene Milderung der Wohnungsnot und des Wohnungselends verwendet werden.

**Die restlichen 65 Prozent der Friedensmiete sollen dem Hausbesitzer für die „Bewirtschaftung“ der Häuser zufließen.**

Von diesen 65 Prozent der Friedensmiete braucht der Hausbesitzer nicht etwa Zinsen für aufgewertete Hypotheken zu zahlen, er hat die Berechtigung, diese Beträge von der Mietszinssteuer (also den 35 Prozent Reicheinnahmen der Friedensmiete) ohne jede vorgesehene Kontrolle in Abzug zu bringen. Deshalb auch der entzündete Kampf der Hausbesitzer für die Aufhebung des Reicheinnahmengesetzes, der Kampf gegen das Kontrollrecht der Mieter, und der Nachweispflicht der Hausbesitzer auf Grund dieses Gesetzes.

**Wo besteht heute noch ein Mieterrat?**

**In wieviel Häusern machen die Mieter von ihrem Kontrollrecht Gebrauch?**

**Hat das Gewerkschaftsstatut die Frage des Wohnungsrechts, der Wohnwirtschaftsbestimmungen und deren unsozialen Auswirkungen genügend verfolgt, den Gewerkschaftsfunktionären und der Mitgliedschaft in nachhaltigster Weise die Aufklärung und Unterstützung angebahnt lassen, die hier unabdingt am Platze gewesen wäre?**

**Hat der ADGB, in seiner überragenden wirtschaftlichen Machtposition diese gegenüber den Hausagitatoren und der Reichsregierung ausgeübt und in die gebührenden Schranken der Befreiendheit gewiesen?**

**Nein! Man hat diese und andere unangenehme „soziale“ Fragen der Einzelinitiative von Sonderorganisationen überlassen, die bis zur Bildung von parteipolitisch „neutralen“ Parteiengebilden und zur Aufstellung von Sonderkandidaten naturnotwendig führen mußten; die rechtmäßigen „Vertreter“ der Werttätigen und Schaffenden heute aber vor den Tümpeln der „Erntegewinnhüter der Revolution“ stehen.**

Statt die Stöße der wirtschaftlich schwachen, der Werttätigen und Schaffenden zu sein, werden unter der Führung des ADGB, der schwarz-weiß-rot-goldenen Parteien die proletarischen Staatsbürger mit den drückendsten Steuern belastet.

Wir stehen heute vor der Tatsache, daß das Grundstück als Hausrente weit mehr als den dreifachen Ertrag der Friedensmiete abwirft. Wenn also ein Hausbesitzer heute zehn Mieter hat, was als der Durchschnitt angenommen werden muß, der eine Friedensmieteerhöhung von 4000 Mark hat, d. h. also jeder Mieter „nur“ 400 Mark für seine Wohnhöhle zahlt, hat der durch die Inflation oder richtiger durch das Ermächtigungsgesetz

gewonnen und die dritte Steuernotverordnung gewordene Hausbesitzer ein arbeitsloses Einkommen von „nur“ 1500 Mark. — Und das auf Kosten der enteigneten kleinen Spärrer, der Schaffenden und Werttätigen, die ihm heute nicht nur die höhere Hausrente zahlen müssen, nein, die ebenfalls durch die dritte Steuernotverordnung um die vielfachen Millionen „National“ vermögden betrogen wurden, die sie als Pflichtbeiträge zur Reichsversicherungsordnung leisten mußten, die von den Landesversicherungsanstalten um in Hypotheken „mündelsicher“ bis zur Aukerkaufung der Artikel 153 und 155 der Reichsverfassung für die Beleihung von Wohn- usw. Grundstücken angelegt waren.

Der Bund Berliner Grundbesitzervereine, mit seinem Parteipräsidenten Labendoff (Wirtschaftspartei, die für Sarres mehrfach durch große Inserate auftritt), hatte zur Verteidigung seiner Mietpolitik während der sogenannten Zwangswirtschaft die Hausrenten für ein normales Berliner Mietshaus zusammengestellt. Dieser Aufstellung entnehmen wir folgende Ziffern, die die Hausbesitzer heute selber nicht bestreiten können, weil sie ihr geistiges — ausnahmsweise zugestandenem — Eigentum darstellten.

Von der Friedensmiete des Jahres 1914 entfielen nach Angabe der Hausbesitzer auf:

1. Verzinsung der Hypotheken 62 Proz. der Friedensmiete
  2. Betriebskosten 13,5 Proz.
  3. Kleine u. größere Reparaturen 10,3 Proz.
  4. Amortisation der Baufkosten 5,9 Proz.
  5. Risiko für Mieterverluste 7,3 Proz.
  6. Entgelt für geleistete Arbeit 4,6 Proz.
- zusammen 100 Prozent

Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, daß die Verzinsung der Hypotheken allein 62 Prozent der Friedensmiete in Anspruch genommen hat.

„Auch wir Pflichtversicherten verlangen von dieser Regierung unser Eigentum auf Grund des Artikels 155: Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet! Die Häuser, die beliebigen Sachobjekte, hat kein „Friedensvertrag“, kein „Feind“ uns fortgenommen, die stehen noch alle da, für diese zahlen wir Wuchermieten, was nach Artikel 155 Absatz 1 und 3 der Reichsverfassung unmöglich sein mußte. Und zahlen wir diese Wuchermieten nicht, werden wir mit Hilfe des Mieter-„Schub“ geleses aus unserer Wohnung, von unserem Eigentum vertrieben.“

Wir stellen auf Grund einer Eingabe des bürgerlichen Bundes Deutscher Mietervereine (Dresden) an den Landtag fest, ohne uns sonst mit ihm selber zu koalieren: „Während der Hausbesitz im Frieden für Betrieb und Unterhaltung in Preußen durchschnittlich 17,5 Prozent der Miete berechnete, erhält er zurzeit (Tag der Eingabe 2. Februar 1925):

- a) Betriebskosten 15 Prozent, b) Unterhaltung 22 Prozent, c) Verwaltung 5 Prozent; zusammen 42 Prozent.

Von diesen Sätzen verbleiben dem Hausbesitz: a) bei den Betriebskosten 3—5 Prozent, durchschnittlich 4 Prozent der Friedensmiete, b) kleine Instandsetzungsarbeiten 3 Prozent, große Instandsetzungsarbeiten 7 Prozent, also 10 Prozent; (der Satz für große Instandsetzungsarbeiten wird allgemein als reine Rentenerhöhung betrachtet); c) Hauszinssteuerüberschuß bei 600 Prozent zur Grundvermögenssteuer 2, 4, 16 5 Prozent, durchschnittlich 5 Prozent, d) Verwaltungskosten 5 Prozent, zusammen 24 Prozent, abzüglich 3 Prozent Verwaltungskosten also 21 Prozent der Friedensmiete.

Voraussetzung für diese Berechnung ist, daß der Hausbesitzer durchschnittlich mindestens 12 Prozent der Friedensmiete für Reparaturen verwendet, d. h. bei einem Hause im Werte

von 150 000 Goldmark monatlich etwa 100 Mark. Daß selbst dieser Prozentsatz überwiegend nicht für Reparaturen ausgegeben wird, ist bekannt. Damit erhöht sich in vielen Fällen die Rente natürlich bedeutend.“

„Lohnkämpfe gräßten Stilles sind die unausbleibliche Folge dieser Mietzinspolitik. — Die Inlands- und Auslandspekulation jedoch, welche Tausende von Häusern besitzt, erhält jährlich eine mehrhundertprozentige Verzinsung der von ihr gezahlten Papiermarkbeträge und viele Millionen Goldmark fließen davon monatlich als Rente ins Ausland, d. h. diese Gelder gehen dem deutschen Volksvermögen verloren.“

Die augenblickliche Rente bedeutet für den alten Hausbesitzer eine Aufwertung von über hundert Prozent, während die Ueberzahl des Volkes durch die Inflation (und die Ermächtigungsgesetze) an den Bettelstab gebracht wurde und dabei jetzt noch die neue Rente für den Hausbesitzer erarbeiten muß. Der Hausbesitzer ist somit zum Ruhnieher der Arbeitskraft des Volkes und des Volksvermögens geworden, trotzdem ihm wirtschaftlich und moralisch ein Aufwertungsanspruch nur in denselben Grenzen zusteht, die den übrigen Inflationsgeschädigten durch den Gang der Wirtschaftsverhältnisse gezogen werden!

Die von der Mieterchaft schon jetzt gezahlte Miete beträgt schon vielfach 76 Prozent und darüber, weil zu den bisherigen 76 Prozent — jetzt ab 1. April 76 resp. 86 Prozent — in vielen Gemeinden folgende Beträge dazu kommen: Nebenleistungen 2 Prozent, kommunale Hauszinssteuer etwa 4 Prozent, 200 Prozent kommunaler Grundvermögenssteuerzuschlag (in der gesetzlichen Miete nur 100 Prozent Zuschlag enthalten) etwa 4 Prozent, mithin also 10 Prozent Zuschlag. Das wird vielfach nicht beachtet.

Das ist der Standpunkt bürgerlicher Organisationen und deren Sprecher und Wortführer.

Nun dieser Grundsat der verfassungsmäßigen Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes ist nicht der Standpunkt der RPD, es ist die Wiedergabe der Ansicht der durch die schwarz-weiß-rot-goldene sozialdemokratische Führerschaft irreführend geleitete „Volks“meinung.

Wir müssen die Gewerkschaften erobern, die ADGB-Führerschaft mit den geistigen Erben Lenins besetzen und in den Gewerkschaften muß die Durchführung des § 9 des Sachverständigenurteils der Arbeiter verlangt werden, welcher lautet:

Sozialisierung des Wohnungswesens  
§ 25. Der gesamte Hausbesitz, ausgenommen bäuerliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Stablungs- und Genossenschaftsbauten, wird enteignet.

§ 26. Alle enteigneten Wohnhäuser werden der Verwaltung der Mieter und ihrer Organisationen unterstellt. Sie haben unverzüglich die planmäßige Umquartierung inbrecherlicher Familien in die zu beschlagnehmenden Großwohnungen der Bourgeoisie durchzuführen.

§ 27. Die Mieter und ihre Organisationen haben die Aufgabe, zusammen mit den Industriegruppenräten des Bauwesens den Wohnungsbau für die Arbeiterchaft, insbesondere für die Wohnungslosen unverzüglich planmäßig in Angriff zu nehmen. Gleichzeitig ist eine großzügige Instandsetzung der vernachlässigten Wohngebäude durchzuführen.

Darum:

- Sinein in die freien Gewerkschaften!
- Sinein in den roten Frontkämpferbund!
- Sinein in die kommunistische Partei!
- Wählt den Rotfront-Führer Ernst Thälmann.

## Sozialdemokratische Mordanstifter.

### Die Schuld der SPD an der Ermordung polnischer Revolutionäre.

Die Ermordung der beiden polnischen Revolutionäre Baginski und Wierzokiewicz an der polnisch-russischen Grenze kurz vor der Uebernahme durch den Kommissar der Sowjetunion ist auf die Vorgeschichte, die besonders von der polnischen Sozialdemokratie geführt wurde, zurückzuführen.

Gerade die Sozialdemokraten waren gegen einen Austausch polnischer Kommunisten nach Sowjetrußland. Selbst der Okeanpreß muß berichten, daß vor kurzem die Sozialdemokraten im Auswärtigen Ausschuss des Sejm dem Minister Skrzynski Vorwürfe gemacht haben, daß er den Austausch fördere. Damit würde Polen nur beitragen, den Sowjets Arbeitskräfte für den Bolschewismus und gegen die bestehende Ordnung und die „demokratische“ Republik Polen zur Verfügung zu stellen.

Der Minister rechtfertigte sich mit dem Hinweis auf den Rigauer Friedensvertrag, der den Austausch erfordere. Es ist also erwiesen, daß die Sozialdemokraten die Mordbege gegen Revolutionäre begünstigt haben. Ja, es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der als Werkzeug dienliche Polizeioffizier in direktem Auftrag der Sozialdemokratischen Partei Polens den Mord ausgeführt hat. Freilich wird vorläufig dieser hinterhältige Plan nicht aufgedeckt werden können, weil die polnische Regierung in einer Front mit der Sozialdemokratie kämpft.

### Sachliche Studentenunruhen in Paris

Frankreich ist das Land der bürgerlich-kapitalistischen Republik. Es gibt kaum Monarchisten. In der Abgeordnetenkammer haben sie seit der Wahl überhaupt keinen Sitz mehr. Der sozialistische Herr Herriot aber hat es ausgezeichnet verstanden, die sachlich-monarchistischen und sachlich-meritokratischen Organisationen groß werden zu lassen. Die Royalisten treiben genau wie bei uns in Deutschland in den studentischen Kreisen erfolgreiche Propaganda. So ergibt sich die interessante und bedeutungsvolle Tatsache, daß die französische Studentenschaft in ihrer Ueberzahl monarchistisch eingestellt ist, während sich das französische Volk zur bürgerlichen Republik bekennet.

Die erste sachliche Aktion am 1. Januar wandte sich gegen das kommunistische Streikkomitee in Douarnenez. Die Handlung blieb unbedeutend. Der Herriot hat die Zustimmung für seine Gemütslosigkeit gegenüber der französischen Arbeiterchaft bekommen. Die sachlichen Studenten protestieren gegen

die Ernennung eines neuen Professors an der Sorbonne (Universität Paris). Dieser Professor nämlich ist Radikalsozialist (Demokrat) und außerdem im Staatsdienst. Bei den Protestveranstaltungen kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei. Es gab 130 Verletzte, darunter 70 Polizisten. Die „Humanité“ schreibt: „Der Blod der „Rinken“ (Herriot und Blum) regiert, aber der Defon der juristischen Fakultät organisiert gemeinsam mit der „Action française“ (mornachistische Zeitung) die Unruhen im Quartier Latin (Unterrichtsviertel).“

Das „pazifistische“ Frankreich bietet also heute ein ähnliches Bild wie Deutschland zur Zeit der „pazifistischen“ Weimarer Koalitionserregungen, wo die Republikaner gemeinsam mit den völkischen Mordorganisationen die Arbeiter nieder-kämpfen ließen. Auch das klassenbewußte französische Proletariat weiß, daß es von einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition nichts erwarten darf. Wir stehen auch im Westen vor dem Beginn eines verschärften, mit allen Mitteln durchzuführenden Klassenkampfes.

### Der Außenhandel der Sowjetunion im neuen Wirtschaftsjahr.

Der Wert der Ausfuhr aus der Sowjetunion betrug im Februar 1925 37,8 Millionen Rubel gegen 41 Millionen Rubel im Januar. Von Oktober 1924 (Anfang des Wirtschaftsjahres in Rußland) bis Februar 1925 wurden insgesamt 200 Millionen Rubel exportiert, was einer monatlichen Ausfuhr von 400 Millionen Rubel entspricht.

Die Ausfuhrkampagne entwickelt sich trotz der großen Schwierigkeiten, trotz der offenen oder verdeckten Blockade der kapitalistischen Regierungen nicht ungünstig. Die Ausfuhr des Holz-exports und des Butterexports sind gut, die Kupferausfuhr hat große Erfolge zu verzeichnen. Im Februar 1925 wurden 21,9 Millionen Rubel Kupfer verkauft, mehr als dreimal soviel wie im Januar. Im März wurden noch höhere Ergebnisse erreicht.

Der Import nach Rußland wuchs von Monat zu Monat, von 31 Millionen Rubel im Januar auf 43,3 Millionen im Februar 1925. Dies ist ein großer Faktor der weiteren Stärkung der Wirtschaft, der größte Teil des Imports besteht aus Rohstoffen (wie Baumwolle) für die Staatsproduktion und Produktionsmitteln, landwirtschaftlichen und sonstigen Maschinen.

Insgesamt wurden in den letzten 5 Monaten bis zum 1. März d. J. 180 Millionen Rubel eingeführt, so daß der Außenhandel mit 20 Millionen Rubel aktiv ist.





# Betrieb und Werkstatt

## Der Ernst der Stunde!

Waldenburger Kohlenrevier.

Von unserem Betriebsleiter (Herrn) ... Dem Kampfe können die niederschlesischen Bergarbeiter nicht mehr ausweichen, zuviel steht auf dem Spiele. Es ist augenscheinlich, daß die Unternehmer den jetzt bestehenden Zustand so lange wie irgend möglich hinauszögern möchten. Haben sie doch die größten Vorteile davon. Die Kohlerei-arbeiter zum Beispiel sind in letzter Stunde wiederum betrogen worden. Die achtstündige Arbeitszeit ist ihnen durch einen Beschluß des Oberbergamtes Breslau zunichte gemacht worden, das heißt, wenn die Kohler sich das gefallen lassen.

Die Kohlereien bilden das Herz des Betriebes. Die Arbeiter sollten sich darüber klar werden, was sie bei richtiger Anwendung ihrer Macht alles ausrichten könnten. Im Falle eines Kampfes ist unbedingt erforderlich, daß die Kohlereien restlos stillgelegt werden. Die 3 Prozent Lohnerhöhung (welcher Höhe) lehnen die Unternehmer brutal ab. Angeblich zwingt sie dazu die wirtschaftliche Lage (Abnahmangel und Unrentabilität der Gruben). Die Halben von über 150 000 Tonnen werden als Vorwand benutzt, die Ansicht der Unternehmer zu bekräftigen. Wir sind der Auffassung, daß ein Jahr Zinsverlust des liegenden Kapitals die Kohlenbarone noch lange nicht berechtigt, die Werte schaffende Arbeiterklasse um ihre Existenzmöglichkeit zu bringen. Mit schönen Worten wird man diesen Gesellen nicht bekommen, nur harte unerbittliche Notwendigkeit zwingt sie zum Nachgeben.

In der Ferienfrage bereitet sich eine neue Schuffigkeit der Unternehmer vor. Im Oktober 1924 verlangten die Unternehmer unter anderem Neuregelung der Ferienbestimmungen. Es wurde naturgemäß bei der Unersättlichkeit auf ihrer Seite keine Ermigung erzielt. Einer Verlängerung der Ferienzeit werden die niederschlesischen Bergarbeiter niemals ihre Zustimmung geben. Alle Jahre letzten die Ferien am 1. April ein. Heute sind die Unternehmer schon so weit, den Zeitpunkt beliebig hinauszuschieben, das heißt, wenn ihnen nicht ein Strich durch die Rechnung gezogen wird. Auch hier werden die Unternehmer erst durch harte Tatsachen eines Befehles belehrt werden. Die jüngeren Kollegen verlassen jetzt schamlos den Bergbau und versuchen in anderen Gegenden und Berufen unterzukommen. Wie soll auch ein 16jähriger mit

wöchentlich 6 Mark, ein 17jähriger mit 7,20 Mark, ein 18jähriger mit 9 Mark, ein 19jähriger mit 10,20 Mark auskommen? Steht das nicht leicht Direktor Bierhaus oder Bennighoff fertig? Diese Pflicht sucht man zu feuern, indem auf einzelnen Gruben, wo die Auswanderung in vollster Blüte steht, den Schichtführern 49 Pfennige pro Schicht inlegt werden. Es wird also zugegeben, daß die Leute unentbehrlich sind, und auch mit 49 Pfennigen Zulage noch Gewinn genug den Profitgeiern verbleibt.

An und für sich spotten die Löhne jeder Selbstkerna. An der Niedrigkeit der Löhne in Niederschlesien gemessen sind die von den Organisationen geforderten 50 Prozent Lohnerhöhung als eine Mindestforderung zu betrachten. Ein Zimmerhauer verdient jetzt 354 Mark pro Schicht, plus 50 Prozent gleich 531 Mark; gemessen am proletarischen Existenzminimum von 68 Mark wöchentlich erit die Hälfte des Notwendigen. Es wird also auch noch mit diesen eventuellen 531 Mark pro Schicht gehungert werden müssen.

Die sich vor dem Kampfe befindliche Arbeiterklasse wird die Unternehmer zwingen müssen, ausreichende Löhne zu zahlen. Der jetzt bestehende Zustand bringt für die Kohlenbarone goldenen Regen, für die Arbeitsschienen Hunger und Tod.

Die Klassenbewußten Arbeiter Niederschlesiens sind bereit, diesem Zustand mit aller Kraft ein Ende zu machen. Sie fordern alle Proleten auf, die nächsten Tage und Wochen mit der intensivsten Vorbereitung und Propaganda für den Kampf auszufüllen.

Alle Bergarbeiter Oberschlesiens müssen daselbst tun, um sofort mit uns gemeinsam kämpfen zu können. Auf zur bestreidenden erlösenden Tat.

## Wie man mit Arbeitslosen umgeht.

Von unserem Erwerbslosen-Berichterstatter, Carlomij.

Wie man heute mit den Arbeitslosen umgeht, zeigt folgender Vorkfall: In Carlomij müssen die Arbeitslosen wöchentlich 8 Stunden „Zuchthaus-Arbeit“ leisten, wie sie es nennen, die sogenannte Pflichtarbeit, leisten, wenn sie nicht in Gefahr laufen wollen, keine Unterstützung zu bekommen und mit ihrer Familie dem Hunger-tode preisgegeben werden. Unser Genosse Kolberg meldete sich vor kurzer Zeit arbeitslos. In der vergangenen Woche bekam er von dem deutschnationalen Gemeindevorsteher Schnitz einen Zettel, daß er 2 Tage hintereinander Pflichtarbeit zu leisten habe. Genosse Kolberg ging darauf zu dem deutschnationalen Held und frag, ob er nicht nächste Woche die Pflichtarbeit machen könne, da er zwei schwerkranke Kinder zu Hause habe und bei demselben die ganze Nacht gewacht habe. Er wurde von dem Gemeindevorsteher mit dem Bemerkten abgewiesen, er habe ja noch eine Frau zu Hause und einen Tag wäße er Pflichtarbeit leisten, konnt bekomme er keine Unterstützung. Kolberg war gezwungen, die Pflichtarbeit zu machen, obwohl er die ganze Nacht bei seinem kranken Kindern gewacht hatte. Kolberg mußte die darauffolgende Nacht wieder bei seinem Kinde wachen. Das eine Kind starb dann doch noch in derselben Nacht an Pungen-tzündung, was auf Grund der matten Nahrung zurückzuführen ist. Am vergangenen Sonntag ging Kolberg nach seiner Unterstützung. Obwohl er täglich gestärkt hatte, wurde ihm die Forderung der Unterstützung von dem Gemeindevorsteher Schnitz verweigert mit dem Bemerkten, er habe doch die Pflichtarbeit diese Woche verübt. Kolberg hat, er mag doch Rücksicht nehmen darauf, daß ihm am Sonntag das eine Kind verstorben sei und am Sonntag beerdigt wurde. Das zweite Kind liegt auch noch krank zu Hause. Schnitz aber warf sich in die Hände und sagte dem Arbeitslosen Kolberg, daß die Hälfte der Unterstützung, volle 7 Mark, aber nur unter der Vor-

diese „Zuchthaus-Arbeit“ zu leisten, da ihm andernfalls die volle Unterstützung von dem obengenannten Schnitz entzogen wird. Wir fordern hier in aller Öffentlichkeit den Vorstand des Kreises Breslau auf, hier einzugreifen und dem Treiben des Gemeindevorsteher Schnitz einhalt zu gebieten. Und auch allen Arbeitslosen rufen wir zu: Schließt euch zusammen und schick eure Vertreter am 19. April zum Arbeitslosen-Kongreß nach Pleschitz. Dort soll beschlossen werden, wie wir uns aus unserer Not selbst helfen. R. Kolberg.

## Wie die Unternehmer ihre Betriebe kommunisten machen.

Carlomij.

Von unserem Betriebsleiter (Herrn) ... Wie die Unternehmer heute ihre Betriebe kommunisten machen, zeigt folgender Vorkfall: Wir brachten unlängst einen Bericht über die Zustände und Arbeiterhinderung in der Gießhütte-Stengutwerke A.-G. Carlomij. Dieser Bericht ist dem Herrn Beschinski und dem SPD-Betriebsrat Lehmann in die Knochen gefahren. Unser Genosse Rössler, der in dieser Hütte als Kommunist bekannt ist, bekam sofort die Papiere mit der Begründung, er würde dauernd fernbleiben von der Arbeit. Die Entlassung erfolgte, trotzdem dieser Genosse vom Arzt krank geschrieben war. So ging es auch noch einem weiteren Kollegen, dem Arbeiter Jäkel, weil er meinte, der Artikel müßte vorn ans Tor gestellt werden, damit ihn jeder lesen könne. Dieses wurde sofort dem Betriebsleiter Beschinski hinterbracht und der veranlaßte auch die sofortige Entlassung des Kollegen. Der Arbeiter wurde entlassen mit der Begründung, für die Arbeit nicht geeignet zu sein. Der Betriebsrat Lehmann gab zu beiden Entlassungen seine Zustimmung.

Ein weiterer Arbeiter ist Reinhold Dreutcher, der gar nicht davon zurückkehrt, den weiblichen Arbeiter Schläge anzubringen.

Zu allem erklärt sich der SPD-Betriebsrat einverstanden, ja, er befördert die Kommunisten, die den Arbeitern die Augen öffnen, aus dem Betriebe. Das sind die Manieren der SPD. Einem Arbeiter, Schmitt nicht, heißt Leute an die Spitze, die mit euch gemeinschaftlich für euer Wohl eintreten. Wir als Kommunisten werden auch außerhalb dieser Gießhütte den Arbeitern die Augen öffnen.

Obst der SPD, am 26. April die wohlverdiente Antwort: und wählt den einzigen Arbeiterkandidaten Ernst Schumann. R. M.

## Wir wählen Petroleum, nicht elektrisches Licht.

Unter obiger Überschrift reist uns ein Genosse aus dem Erzgebirge folgende kleine Erzählung an: Kurz vor der Reichspräsidentenwahl kam ich mit zwei Arbeitern aus dem kleinen Orte Witzsch zusammen und sprach mit ihnen über die bevorstehende Wahl. Wie die SPD, hier die KPD, und erjähle ihnen auch von Schumann. Den ich persönlich kenne. Im Laufe des Gesprächs fragte ich die beiden, welchen Kandidaten sie am 21. März ihre Stimme geben würden. Sie erklärten mir wie aus einem Munde: „Wir wählen Petroleum, nicht elektrisches Licht.“ Ich lachte beide mit meinem Munde an, fragte nochmals, und noch einmal betonte ich die angeblich richtige Antwort: „Da nun beide Arbeiter nicht danach ausseien, als ob sie sich mit mir einen Witz leisten wollten, bitte ich um Erklärung ihres Zukunfts. Die Petroleum-Arbeiter leiten mir nun mit:

Wir sind in der Hochzeitszeit, ich beschickte und wohne in Häusern, die dem Unternehmer gehören. Ja die Häuser sind in hohem Maße vorhanden, nur das elektrische Licht fehlt noch. Dieser Sache kam nun ein neuer Beamter, der 30 Jahre in eine dem Unternehmer gehörige Wohnung, fünf Arbeiter waren 14 Tage beschäftigt, um dem Beamten Licht in seine Wohnung zu setzen. Wir wußten schon lange Zeit in unsere Wohnungen haben, haben aber bis jetzt noch keine bekommen, auf Grund des Wahlergebnisses vom 4. Mai 1924, wo 27 Stimmen für Bürgerliche einschließlich SPD abgegeben wurden und 44 Stimmen für die KPD. Der Unternehmer meinte, wer so viele uns für die KPD, dann bekommen auch wir elektrisches Licht. Elektrisches Licht ist zwar ganz schön, aber wir wählen Petroleum.“

Am 29. März haben in diesem Ort trotzdem 29 Arbeiter „Petroleum“ gewählt, 29 Stimmen für Schumann, 23 Klassenkämpfe.

## Gewerkschaft

### Das Programm der Unternehmer.

Der Große Ausschuß der deutschen Arbeitgeberverbände hat vor einigen Tagen in Berlin getagt und nach eingehender Aussprache über:

- 1. Lohn- und Arbeitszeitfragen
- 2. eine Entschärfung angenommen, die es als offizielles Programm verbreiten läßt: Sie gibt sich in der Feststellung: Sie zur Hebung der Lebenshaltung erforderliche Hebung der Inlandskaufkraft kann nicht durch Erhöhung des Nominallohnes bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit, sondern nur durch Sparmaßnahmen in der Konsumtion und im Verbrauch durch höchste Arbeitsleistung und durch
- 3. Bildung neuen Betriebs- und Sparkapitals gewährleistet werden.

Also, Prolet! Nicht Erhöhung der jetzigen Hungerlöhne, nicht Verkürzung der überaus langen Arbeitszeit und Wiedereinführung des Achtstundentages, sondern Anhäufung von Kapital durch sparsame Konsumtion, d. h. Herabsetzung der Akkordsätze und höchste Arbeitsleistung, d. h. noch tollereres Antreiben und Hecheln. Das ist das brutale Treiben kaum noch zu überbietende Programm der Unternehmerrasse. Es sind dies die Unternehmerrassen, die auch jetzt die Reichsbahn-A.-G. beherrschen und bei dem jetzigen Konflikt nach ihrem Programm handeln. Arbeiter, Angestellte und Beamte, ihr müßt daraus die Schlussfolgerungen ziehen, daß ihr gegen die geschlossene Front des übermächtigen Kapitals nur mit Erfolg kämpfen könnt durch Herstellung der eifernten Einheitsfront aller Proletarier. Das Unternehmerprogramm zeigt euch durch seine Offenheit

daß sich die Kapitalisten heute ganz als die Herren der Lage fühlen. Sie verfolgen selbst die letzten Reste der verhängnisvollen reformistischen Vorstellung, daß durch irrtümliche Arbeitsgemeinschaft eine Besserung der Lage des Proletariats erzielt werden könne. Diese Ausbeutergesellschaft kann nur durch den schärfsten und konsequentesten Kampf überwunden werden. Nur durch ihre völlige Ueberwindung kann das Proletariat sich eine menschenwürdige Existenz schaffen.

## Zur Neutralität der Gewerkschaften.

Jedenfalls, wenn die Kommunisten und oppositionellen Arbeiter in den Gewerkschaften versuchen, ihren Standpunkt durchzudrücken, wenn sie nachweisen, daß das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie und der Reformisten das Gegenteil von dem ist, was im Interesse der Arbeiterbewegung liegt, schreiben die Reformisten und unternehmerfreundlichen Reichsbannerleute: „In den Gewerkschaften darf keine Politik getrieben werden.“ Wir haben schon zum so und sovielen Male nachgewiesen, daß die Gewerkschaften sich mit Politik beschäftigen müssen. Wir bringen heute wieder den Beweis, daß die Gewerkschaften sozialdemokratische Politik treiben. Im Mitteilungsblatt Nr. 12 des Verbandes der Deutschen Buchdrucker heißt es zur Reichspräsidentenwahl: „Sorgt in diesen Tagen für Aufklärung in Werkstatt und Familie, daß sich alle Stimmen auf Otto Braun vereinigen, der selbst ein Arbeiter, ein Buchdrucker gewesen ist!“

Die Zeitungsarbeiterzeitung brachte einen ähnlichen Zufall. Neben der Zeitungsarbeiterzeitung sind es die in mühsamer Auflage erscheinenden übrigen Gewerkschaftszeitungen, die alle die Arbeiter auffordern, dem Sozialdemokraten Otto Braun die Stimme zu geben. Aber die Gewerkschaften sind politisch neutral.“ So heißt es, wenn es gegen die Kommunisten geht, wenn die Kommunisten für Schumann in den Gewerkschaftsverfammlungen sprechen wollen. Jeder einzelne Arbeiter muß mit diesem Schwindel in den Gewerkschaften aufräumen.

R. M.

Schmidts

Man macht mir in einer der letzten Nummern der „Stilleischen Bergwacht“ den Vorwurf, daß ich in einer Volksversammlung der KPD als Versammlungsleiter gewirkt habe, was auch unrichtig ist. Der Berichterstatter der „Stilleischen Bergwacht“ glaubt mir daraus einen Strich drehen zu können. Das Allerwichtigste, was ich von ihm erfuhr, ist, daß ich zwei Serien habe. Diesen zu ein Mann scheint es sehr lange zu dauern, daß er mir nicht antworten kann, ich möchte ihn aber an dieser Stelle mitteilen, will er den persönlichen Kampf, den ich bisher verurteilt habe, so kann ich mich, wenn der Wunsch erfüllt werden. Zunächst glaube ich bestimmt, die Statuten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes besser zu kennen, als der Berichterstatter der „Stilleischen Bergwacht“ in ihnen ist nämlich nichts davon enthalten, daß ich politisch der SPD angehöre. Diesen Herren scheint es zu ärgern, daß mir in der Gewerkschaft nichts anhaben kann, denn es zeigt den SPD-Kollegen, daß auch ein Kommunist als Gewerkschaftsführer tätig sein kann, ja, daß man sogar unter Mitwirkung anderer Kollegen eine Ortsverwaltung, welche heruntergewirtschaftet war, auch wieder hochbringen kann. Ja, daß es auch möglich ist, in dem realisierten Schiedsamt 135 a u. s. M. tätig zu sein in einem Quartil zu gewinnen, für die KPD, das scheint vertriebenen politischen Gegnern auf die Nerven gefallen zu sein. Jedenfalls habe ich bisher und werde es auch weiterhin, den Grundlag vertreten, solange ich als Gewerkschaftler tätig bin, werde ich mich dementsprechend verhalten, werde ich selbstverständlich das kritisieren, was ich für falsch halte. Dieses Recht darf mir wohl, zuziehen, denn so oft ich in Konferenzen gewesen bin, ist immer nur eine Reihe kommunistischer Reden worden, an allen Stellen, die betrogen wurden, sind nur die Kommunisten schuld, weshalb werden sich hier nicht die ehrlichen SPD-Arbeiter dagegen?

Ich glaube, daß es einem jeden erlassen bleiben muß, sich in der Partei politisch zu betätigen, von der man glaubt, daß sie die Interessen des Proletariats vertritt. Daran werde ich festhalten und daran wird auch mit meinem Väterchen, sollte dieses meinen Kollegen, welche mit dem Vertrauen geschenkt haben, nicht pöbeln und sie verlangen, daß sie zurücktreten, so werde ich meine Absicht länger auf diesem Wege durchsetzen, bis ich meine Absicht durchsetzen kann. Ich werde natürlich keine Generalversammlung, wie es andere Gewerkschaftsführer tun, wenn die Bergwacht ungenügend ist, so daß sie die Generalversammlung auf den nächsten Tag verschieben, damit sie ja nicht in die Gefahr kommen, abgewählt zu werden. Aber solange mit meine Kollegen das Vertrauen setzen, werde ich auf Grund derartigen Verleumdungen, wie sie der Berichterstatter bisher in die „Bergwacht“ lanciert hat, von meinem Posten nicht zurücktreten, das mag sich R. geistig sein lassen. Es scheint diesen Herren auch nicht daran zu sein, mir als Versammlungsleiter der KPD, eins auszusprechen, sondern es ist nur der Konflikt, daß ich in einer öffentlichen Versammlung erklärt habe, R. hat es bisher noch nicht für notwendig gefunden, das, was er bisher von mir in der „Bergwacht“ geschrieben hat, richtig zu stellen, trotzdem ich ihm ein Diskussionsaufgefordert habe; gleichzeitig hat er auch nicht den Mut ausgebracht, im Ortsausschuß für seine Schmierereien einzutreten. Man kann mich ja auch nicht beleidigen, denn wir Kommunisten sind es ja gewohnt, jeden Tag in den Trench gezogen zu werden. Das eine nur zum Schluss: Derartige Verleumdungen, welche von einem R. aufgestellt werden, treffen mich nie. Dieser gute Mann soll sich aber nicht wundern und über kommunistische Schmierereien in der „Bergwacht“ schimpfen, dazu hat er das wenigste Recht. Sollte, daß dieses vorläufig genügt, sollte es nicht der Fall sein, gut, ich bin bereit, so ungern ich es tue, ebenfalls einen persönlichen Kampf zu führen, bisher habe ich auf dem Standpunkt gestanden, den Kampf zu führen gegen ein System und nicht gegen eine Person, aber wenn letzteres verlangt wird, gut, wir werden auch dieses können.

Karl Hirsch

Geschäftsführer des DMB, Schweidnitz.

## Erklärung.

Landeshut.

Auf die Verleumdung in der „Bergwacht“, ich hätte an der Klassenrevision im Zeitungsarbeiter-Verband teilgenommen und mich überlegt, daß die Klasse in Ordnung sei, habe ich zu erklären, daß dies eine unverschämte Lüge ist. Wohl bin ich an dem fraglichen Abend im Büro gewesen, aber man hat wohlweislich die Revision solange hinausgeschoben, bis ich das Büro wieder verlassen hatte. Meine Einstellung zur Gewerkschaftsbewegung verbleibt mir, in diesem Stumpfsinn, welches sich seit der Annahmepolitik nieders in Landeshut aufgetan hat, herumzutreiben, die dies nicht im Interesse einer guten Gewerkschaftsbewegung, da

